

Marzahn- Hellersdorf

32. Jahrgang / Mai 2022

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Hauptversammlung beschließt Gründung von Ortsverbänden

Die 5. Tagung der 7. Hauptversammlung stand ganz im Zeichen der Auswertung der Wahlen 2021 und der seit Jahren andauernden Debatte im Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf über die Gründung von Ortsverbänden. Zu Beginn debattierten die Mitglieder über den Vorschlag des geschäftsführenden Vorstands zu Schlussfolgerungen aus den Wahlen sowie über die Rückmeldungen aus der Basis. Ebenso eine Rolle spielte die Auswertung der professionellen Wahlumfrage, die der Bezirksvorstand in Auftrag gegeben hatte.

Einstimmig votierten die Delegierten für die Bildung von Ortsverbänden. Mit sinkender Mitgliederzahl und kleineren Basisorganisationen fällt es nicht mehr so leicht, vor Ort schlagkräftige Strukturen zu bilden. Schon vor Jahren wurde zu Beginn des Diskussionsprozesses geklärt, dass die Basisorganisationen als kleinste demokratische Einheiten

Fortsetzung auf Seite 2



Führte durch die Versammlung: Steffen Ostehr.

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Tomatenpflanzen im Bezirk verteilt / 1.-Mai-Fest in Bildern

Seite 3: Petra Pau: Sozial, solar, digital / Mindestloohnerhöhungsgesetz / Friedenslösung unterstützen!

Seite 4: Wahlalter ab 16 kommt! / 100 Milliarden für die Rüstung? Wir wissen Besseres!

Seite 5: Zoff in der Weierkette / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Krieg und Frieden

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV-Bericht vom 28. April
- Waldgrundstück schützen / Julia Witt: Sprechen Sie mich an / Sparkasse Roedernstraße / Verkehrsberuhigung Akazienallee

Herr Gauck pro Ukraine

Sein Schneekanonen-Spruch
Frieren für den Frieden
heißt auch
Frieren für das Unsoziale
im frostigen Kapitalismus Deutschlands
Frieren contra sozialen Frieden
hierzulande

Jürgen Riedel

Wollen Sie **Marzahn-Hellersdorf links** regelmäßig lesen? Dann teilen Sie uns Ihren **Abowunsch** mit an:
bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
mit Betreff: **MaHeli-Abo**
oder per Telefon: **030 5412130**

Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf>



https://www.instagram.com/dielinke_mahe/



https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe

Wenn das Wochenende den Feiertag stiehlt

Gerade in diesem Jahr fallen besonders viele Feiertage auf Wochenenden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren hier kostbare freie Tage, die sie sonst zusätzlich zu ihrem regulären Urlaub mit Familie, Freizeit und Co. verbringen könnten.

In 85 Staaten weltweit ist es schon gang und gäbe, Feiertage nachzuholen, so auch bei unseren europäischen Nachbarn Belgien, Spanien und Großbritannien. Die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping (DIE LINKE) forderte nun anlässlich des auf einen Sonntag gefallenen 1. Mai, den „Beschäftigten etwas zurückzugeben, was ihnen durch einen Zufall des Kalenders weggenommen wurde: Feiertage, die auf einen Sonntag fallen, sollten am folgenden Werktag nachgeholt werden.“

Insbesondere rund um den Tag der Arbeit ist es wichtig, auf derartige arbeitsrechtliche Themen aufmerksam zu machen, schließlich hat der Feiertag seinen historischen Ursprung in einem Streik zur Arbeitszeitverkürzung.

Auch die Linksfraktion im Bundestag setzt sich für eine Nachholregelung ein. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Jan Korte, will sich zeitnah auf Bundesebene für eine entsprechende Regelung starkmachen.

Gerade in Zeiten von Corona ist bei vielen Arbeitnehmer*innen der Bedarf nach Erholung gestiegen. Die Mehrfachbelastungen durch die Pandemie haben ihre Spuren hinterlassen. Es ist Zeit, hier durch freie Tage für Entlastung zu sorgen.

Das von CDU und FDP angebrachte Argument, gerade jetzt sei Mehrarbeit zur Stärkung der gebeutelten Wirtschaft notwendig, ist ein schwaches, geht es langfristig doch nur noch weiter auf Kosten der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Besonders gegenüber den zu Anfangszeiten der Pandemie noch hochgelobten Pflegekräften und anderen an der Belastungsgrenze Arbeitenden sind derartige Forderungen nach „Ärmel hochkrepeln statt Füße hochlegen“, wie sie kürzlich die Baden-Württembergische Wirtschafts- und Arbeitsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) äußerte, eine Frechheit.

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf begrüßt Katja Kippings Vorschlag und wird ihn auch in Zukunft aktiv unterstützen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten gerade in den aktuellen Krisenzeiten mehr Wertschätzung und Respekt erfahren. Ihnen kann nicht die alleinige Verantwortung für den Weg aus der pandemie- und kriegsbedingten Krise aufgeschultert werden. Der ein oder andere Tag mehr frei ruiniert nicht die deutsche Wirtschaftsleistung, schenkt aber dafür mehr wertvolle Zeit mit den Liebstem.

LEONIE GRÄNERT

Fortsetzung von Seite 1:

Hauptversammlung beschließt Gründung von Ortsverbänden

unseres Verbandes erhalten bleiben.

Künftig gliedert sich der Bezirksverband in fünf Ortsverbände (1: Marzahn-Nord/West, 2: Marzahn-Mitte, 3: Marzahn-Süd/Biesdorf, 4: Hellersdorf, 5: Mahlsdorf/Kaulsdorf). Die Ortsverbände werden in der Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni 2022 konstituiert und wählen dort ihre Delegierten und Ersatzdelegierten für die nächste Hauptversammlung. Grundsätzlich werden alle aktiven Basisorganisationen bestehen bleiben und den Ortsverbänden zugeordnet. Ein späterer Wechsel des Ortsverbandes steht jedem Mitglied und jeder aktiven Basisorganisation frei. Seit dem 24. April 2022 werden alle neu eintretenden Mitglieder im Bezirksverband gemäß dem Wohnortprinzip dem jeweiligen Ortsverband und ggf. einer Basisgruppe zugeordnet. Für die politische Arbeit und die Mitgliederarbeit der Ortsverbände werden im Rahmen des jährlichen Finanzplanes des Bezirksverbandes finanzielle Mittel eingeplant.

Ebenso stimmten die Delegierten über einen dringlichen Antrag der jungen LINKEN Marzahn-Hellersdorf ab. Anlass waren die kürzlich erfolgten Berichte über Übergriffe und strukturellen Sexismus in einigen Teilen der Partei. Mehrheitlich stimmten die Delegierten für den Antrag, der den Landesvorstand dazu auffordert, zügig eine unabhängige, mit Budget ausgestattete professionelle Stelle als Zentrum der Landes-Vertrauensgruppe zu etablieren. Des Weiteren soll der Bezirksvor-

stand mehrere Vertrauenspersonen benennen, die ehrenamtlich als Erstansprechpartner*innen für Betroffene zur Verfügung stehen und als Kontaktpunkt für Schulungen und Awareness-Maßnahmen der Landesstelle dienen. Schließlich sollen der Bezirksvorstand und die Ortsverbände weitere Maßnahmen des Beschlusses des Parteivorstandes vom 20. April 2022 zügig umsetzen und über die Umsetzungsschritte berichten.

Zwei **Anträge** zu Satzungsänderungen mussten aufgrund der nicht mit der Geschäftsordnung konformen Einreichung auf die nächste Sitzung vertagt werden. Am Ende wählte die Hauptversammlung die Delegierten für den nächsten Bundesparteitag sowie unsere Mitglieder für den Landesausschuss.

Gewählte Delegierte für den Bundesparteitag: Anne Heinschel, Regina Kittler, Paul Lehmann, Petra Pau, Laurenz Terl, Bjoern Tielebein

Ersatzdelegierte: Ines Petra Scheibe, Fritz Gläser

Gewählte Mitglieder des Landesausschusses: Hans-Jürgen Joseph, Ines Petra Scheibe

Ersatzmitglieder: Regina Kittler, Norbert Seichter
KRISTIAN RONNEBURG

Wieder Tomatenpflanzen im Bezirk verteilt

Seit etlichen Jahren verteilen Petra Pau und Landes- und Kommunalpolitiker*innen gemeinsam im Bezirk an Hobbygärtner*innen Tomatenpflanzen. Die Idee dahinter: Kampf den Hartz-IV-Gesetzen. Und die Tomatensorte trägt den Namen „Harzfeuer“. Das passt! Die Pflanzen sind begehrt und „gehen weg wie warme Semmeln“.



Petra Pau ergriff diese Initiative, und die im Bezirk gezüchteten Tomatenpflänzchen gedeihen zumeist prächtig auf Balkonen oder in Gärten.

In diesem Jahr waren an Petra Paus Seite wieder Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus Landes- und Bezirkspolitik und sie wurden von vielen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen. Die Zeiten sind schwer, und ein persönliches Gespräch kann helfen. Und wenn es beim Überreichen von Tomatenpflänzchen ist. *MHI*

1. Mai unter freiem Himmel und als Familienfest

Endlich, nach pandemiebedingtem Ausfall vieler Veranstaltungen, fand in diesem Jahr wieder das 1.-Mai-Fest der LINKEN Marzahn-Hellersdorf statt. Man traf sich auf dem Barnimplatz in Marzahn-Nord und die Organisator*innen konnten sich über viele Besucher*innen freuen. Mit dabei: Petra Pau, Klaus Lederer, Katina Schubert, Bjoern

Tielebein und viele andere mehr. Von Talkrunden bis Kinderfest gab es Interessantes und Unterhaltendes, fürs leibliche Wohl war gesorgt, Musik fehlte auch nicht. Rundherum gelungen! *MHI*



Petra Pau (MdB): Sozial, solar, digital

DIE LINKE, die Linke überhaupt, ist in einer tiefen Krise, hierzulande und europaweit. Natürlich gibt es engagierte soziale, ökologische und friedensbewegte Initiativen. Aber sie dominieren nicht gesellschaftliche Debatten. Sie kommen in ihnen meist nicht einmal vor. Das Manko ist real und fatal.

Seit etlichen Jahren werbe ich für eine dritte Erneuerung der Partei DIE LINKE. Die erste war aus meiner Sicht 1989/90 der radikale Bruch von einer staatstragenden SED zu einer pluralen Ostpartei des Demokratischen Sozialismus (PDS) mit westdeutschen Anhängseln. Die zweite Erneuerung datierte 2005 - 2007 mit der Fusion der PDS und der WASG zur Partei DIE LINKE, einer gesamtdeutschen Protestpartei gegen die neoliberale Politik von CDU/CSU und SPD bis hin zu den einstmaligen alternativen Grünen. Die dritte Erneuerung, für die ich werbe, sollte auf eine linke europäische Zukunftspartei im 21. Jahrhundert zielen. Dazu bedarf es allerdings einer programmatischen und strategischen Debatte innerhalb der Partei und mit gesellschaftlichen Initiativen.

Das 21. Jahrhundert hat aus meiner Sicht zwei Besonderheiten im Vergleich zu den vorigen. Die *negative*: Die Menschheit ist rasant auf dem schlechten Weg, sich selbst und überhaupt alles Leben auf der Erde zu vernichten, Stichwort: drohende Klimakatastrophe. Die *positive*: Die Menschheit hat inzwischen zwei Produktivkräfte entwickelt, die miteinander im Sinne von Karl Marx über den Kapitalismus hinausweisen können: Die Solaroption als neue Energiequelle und die Digitalisierung als bis dato nicht gekanntes universelles Informationsangebot. Wenn beide Annahmen stimmen, dann kann und darf sich DIE LINKE nicht auf gewerkschaftliche Proteste aus dem vorigen Jahrhundert beschränken. Natürlich müssen Linke sozial engagiert, also Rote sein, aber zugleich Grüne

und Piraten. Und DIE LINKE muss Pro-Botschaften setzen, für SOLAR und für DIGITAL, natürlich immer sozial. Und sie muss Hoffnung senden. Vie-



Petra Pau © Linksfraktion im Bundestag

le, allzu viele Bürgerinnen und Bürger halten das schlechte Gestern für besser als das drohende Morgen. Das scheint aus linker Sicht absurd, allemal, solange nicht der Kapitalismus als Grundübel kritisiert wird. Genau das aber ist aktuell nicht Usus. Hinzu kommt: Politisch Rechte sind pro-kapitalistisch und gewinnen an Zuspruch. Seit den fatalen Wahniederlagen der Partei DIE LINKE in jüngster Zeit gibt es etliche innerparteiliche Diskussionsangebote. Das finde ich gut. Und deshalb melde ich mich hiermit auch zu Wort. Mit einer Bitte: Lasst uns miteinander diskutieren und nicht gegeneinander Recht haben.

Ohne Anmaßung Friedenslösung unterstützen

Zur Diskussion, wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine so schnell wie möglich beendet werden kann, erklärt Gregor Gysi, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

„Über das Ende des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine entscheiden die Führungen in Russland und in der Ukraine.

Jene, die in Deutschland meinen, die Ukraine solle bedingungslos kapitulieren, damit das Töten beendet wird, haben dazu nicht das Recht. Die ukrainische Führung – möglichst in Übereinstimmung mit der eigenen Bevölkerung – entscheidet, ob sie aufgibt, sich auf Kompromisse mit der russischen Führung einlässt oder eine militärische Entscheidung will.

Dann hat auch die russische Führung darüber zu entscheiden, ob sie sich mit bestimmten Kompromissen zufriedengibt oder den Krieg auch ohne jeden Kompromiss beendet, indem sie ihre Truppen einfach abzieht.

Wenn Außenministerin Baerbock erklärt, dass der Krieg erst beendet sei, wenn der letzte russische Soldat die Ukraine verlassen habe, ist dies ebenso falsch und auch anmaßend.

Frau Baerbock hat nicht darüber zu entscheiden, ob die ukrainische Führung sich auf irgendwelche Kompromisse einlässt oder nicht. Ein Aufruf zum Kampf bis zum bitteren Ende steht ihr und überhaupt uns Deutschen nicht zu, schon deshalb nicht, weil wir von den Tötungen, Verletzungen und anderem Leid nicht direkt betroffen sind.“

Mindestloohnerhöhungsgesetz:

Ein zweiseitiges Schwert – Chancen bleiben ungenutzt

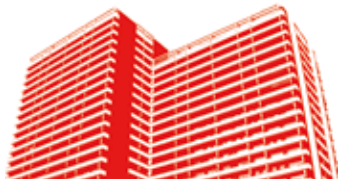
„Das Mindestloohnerhöhungsgesetz kommt und setzt die Lohnuntergrenze auf 12 Euro fest. Was für Millionen Beschäftigte eine gute Nachricht ist, empfinden Unternehmen mit dem Geschäftsmodell ‚Dumpinglöhne‘ als Zumutung. Kein Wunder also, dass die Arbeitgeberverbände den Druck erhöhen und mit juristischen Klagen drohen“, erklärt Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und fachpolitische Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung, anlässlich der bevorstehenden ersten parlamentarischen Lesung des Mindestloohnerhöhungsgesetzes im Deutschen Bundestag. Ferschl weiter:

„Für die Arbeitgeber, die auf Dumpinglohnmodelle setzen, hat die Ampel ein handfestes Geschenk im Gepäck: die Ausweitung von geringfügiger Beschäftigung. Die sogenannten Minijobs, die gerade im Gastgewerbe und im Einzelhandel ein gern



Susanne Ferschl © Linksfraktion im Bundestag

genutztes Flexibilitätsinstrument sind, werden in dem Gesetz als Zukunftsmodell festgeschrieben. Minijobs sind nicht nur ein Einfallstor für Schwarzarbeit und Mindestlohnbetrug, sondern zwingen Beschäftigte in nicht existenzsichernde und nicht sozial abgesicherte Jobs. Insbesondere Frauen werden verstärkt in der Teilzeitalter festhängen und ihrer beruflichen Chancen systematisch beraubt. Erst recht nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie ist das nichts anderes als arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Geisterfährerei. DIE LINKE begrüßt die Erhöhung des Mindestlohnes, lehnt aber die geplante Ausweitung der Sonderbeschäftigungsform Minijob entschieden ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die Erhöhung des Mindestlohns tatsächlich bei allen Beschäftigten ankommt und jede Arbeit auch sozial abgesichert ist.“

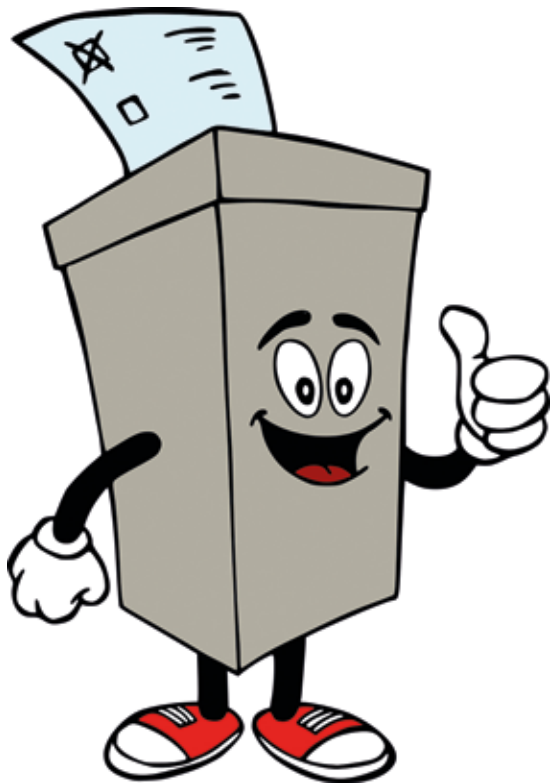


Nach Unfalltod eines Kindes – Landsberger Allee muss sicherer werden!

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 28. April 2022

Wahlen zur Seniorenvertretung 2022

Im Frühjahr dieses Jahres fand die Wahl der neuen Seniorenvertretung von Marzahn-Hellersdorf



statt. Anlässlich dessen gab es für uns im Nachgang der Wahlen einige Dinge zu klären, die vor allem die Wahlbeteiligung betrafen. Entsprechend stellten unsere sozialpolitische Sprecherin Zoe Dahler und unsere seniorenpolitische Sprecherin Martina Polizzi eine Große Anfrage an das Bezirksamt, welche auch unsere Priorität wurde.

Martina Polizzi lobte vorab die Wahl, da diese ein wichtiges Ereignis für den Bezirk war, welches zudem langfristig gut vorbereitet und organisiert wurde. Besonderen Dank sprach sie dem Bezirksamt, dem Senioren-Service-Büro und den ehrenamtlichen Helfer*innen aus. Nichtsdestotrotz lag die Wahlbeteiligung gerade einmal bei fünf Prozent, worin sich die Große Anfrage begründete.

Die zuständige Bezirksstadträtin Nadja Zivkovic (CDU) erklärte, dass alle gesetzlichen Vorgaben für die Vorbereitung der Wahlen eingehalten wurden. Insgesamt wurden fünf Standorte als Wahllokale ausgewählt, drei Standorte waren für die Informationsveranstaltungen vorgesehen. Zivkovic räumte jedoch ein, dass es Probleme beim Beantragen und Verschicken der Wahlunterlagen gab.

Laut Polizzi gab es jedoch noch einige weitere Stolpersteine bei den Wahlen

zur Seniorenvertretung, die auch zur niedrigen Wahlbeteiligung beigetragen haben. So nannte sie beispielsweise, dass die Rückumschläge für die Briefwahlunterlagen extra frankiert werden mussten. Weiterhin erklärte sie, dass die Anzahl der Wahllokale sowie deren Öffnungszeiten bei 85.000 Wahlberechtigten nicht ausreichend waren. Hinzu kommt, dass viele Wahlberechtigte ab 60 noch berufstätig sind und auf deren Bedürfnisse kaum eingegangen wurde.

Landsberger Allee sicherer machen

Am Ostersonntag wurde ein 11-jähriges Mädchen auf der Landsberger Allee in Marzahn angefahren und starb wenige Tage später an seinen schweren Verletzungen. Der tragische Tod des Mädchens schockierte den gesamten Bezirk.

Zusammen mit den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben wir einen dringlichen Antrag eingereicht, um Sofortmaßnahmen für mehr Verkehrssicherheit auf der Landsberger Allee zu bewirken. Dazu zählt, dass wir die Fußgängerfurt farblich unterlegen möchten, damit diese besser sichtbar ist. Die Bedarfsampel soll 24 Stunden am Tag in Betrieb sein. Überall dort im Bezirk, wo aktuell die Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h angeordnet ist, soll künftig die aktuelle Regelgeschwindigkeit für das Hauptstraßennetz 50 km/h gelten. Zusätzlich soll die Polizei mehr Kontrollen mit dauerhaften Blitzern durchführen. Diese Maßnahmen erfordern keinen Umbau der Straßen und bringen somit schnell zusätzliche Sicherheit.

Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.



Selbstständiges Wäschewaschen in der MUF Zossener Straße

Mit einem weiteren dringlichen Antrag wollten wir uns dafür einsetzen, dass die Bewohner*innen der Modularen Unterkunft für Geflüchtete (MUF) in der Zossener Straße ihre eigenen Waschmaschinen anschließen und benutzen können. Hintergrund ist, dass die Bewohner*innen die vorhandenen Waschmaschinenanschlüsse nicht

benutzen dürfen. Diese sollen laut Betreiber sogar bald abmontiert werden. Stattdessen gibt es einen separaten Waschraum mit Industrewaschmaschinen und -trocknern. Diese Geräte und der Abbau der Anschlüsse sind mit hohen Kosten

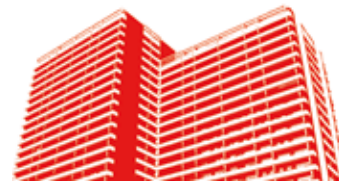


verbunden, die man verhindern kann, sofern die Bewohner*innen ihre eigenen Waschmaschinen nutzen können. Entsprechend haben wir mit unserem Antrag an das Bezirksamt appelliert, sich bei den zuständigen Stellen gegen den Abbau der Anschlüsse einzusetzen.

Unser Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Weitere beschlossene Drucksachen (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Kostenlose Menstruationsartikel in den öffentlichen Einrichtungen des Bezirks
- Offene Bücherschränke
- Wickel- und Stillbereiche in den bezirklichen Ämtern mit Publikumsverkehr
- Das Wäldchen in der Langhoffstraße 9 erhalten, um Arten zu schützen und Stadtgrün zu erhalten
- Sichere Schulwege - Fußgängerüberweg in der Cottbusser Straße erhalten
- Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Akazienallee
- Queere Treffpunkte und Projekte auf Bezirksamts-Internetseite vorstellen
- Nachbarschaftsdialog für die Trusetaler Straße / Märkische Allee / Liebensteiner Straße
- Kita-Plätze sichern - Kita „Wirbelwind“ bei der Suche nach Ausweichquartier unterstützen



Waldgrundstück in der Langhoffstraße schützen

Über die Jahre ist auf einem ehemaligen Kindergartengrundstück in der Langhoffstraße ein kleines Wäldchen entstanden. Die Menschen in der Umgebung schätzen dies und es wird auch durch viele Tierarten bevölkert. Das Stadtgrün in unserem Bezirk wird weniger - umso wichtiger ist der Erhalt solch wertvoller Flächen. Das Wäldchen leistet einen Beitrag für den Naturhaushalt des Wohngebiets. Augenzeugen zufolge haben sich sogar schon seltene Vogelarten und ein Bestand von Feldhasen etabliert. Es ist höchste Zeit fachkundig zu ermitteln, ob hier überhaupt eine wie vom Land bzw. dem Bezirk angestrebte Bebauung erfolgen darf. Daher haben die Bündnisgrüne Fraktion und die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung eine Prüfung sowohl des Charakters als kleines Waldgebiet als auch auf den Schutz der ansässigen Lebewesen eingefordert. Unser gemeinsamer Antrag wurde im zuständigen Fachausschuss und nun auch in



der BVV beschlossen.

Das Bezirksamt ist nun gefordert schnell zu handeln und den Hinweisen auf Sichtungen geschützter Arten nachzugehen. Unabhängig von der Prüfung durch die Berliner Forsten, sollte der Bezirk ernsthaft über einen eigenständigen Schutz dieses in der Nachbarschaft einzigartigen Wäldchens nachdenken.

Sofern das Land an einer Bebauung festhält und die Ergebnisse der Prüfungen dem nicht entgegenstehen, werden wir uns mit einem weiteren Antrag für ein geordnetes Bebauungsverfahren einsetzen. Damit könnte eine Randbebauung mit sozialer Infrastruktur (Kindergarten, Schule, Jugendeinrichtung), wie in unserem ersten Antrag vorgesehen, festgeschrieben werden und große Teile der Fläche vor einer dichten Bebauung geschützt werden.

BJOERN TIELEBEIN
Sprecher für Stadtentwicklung

Umsetzung des geplanten Sparkassen-Pavillons auf der Roedernstraße

Im vergangenen Jahr hatten DIE LINKE, CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gleichzeitig Gespräche mit der Berliner Sparkasse. Ziel war es, eine Alternative für die Schließung des Selbstbedienungsstandortes in Mahlsdorf zu finden. Die nächsten Automaten der Sparkasse befinden sich im Forum Köpenick bzw. in der Hönower Straße unweit des S-Bahnhofes Mahlsdorf. Damit sind sie für die ältere Bevölkerung aus Mahlsdorf-Süd nahezu unerreichbar.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) konnte mit ihrer damaligen Stadträtin Nadja Zivkovic (Straßen- und Grünflächenamt) eine Einigung erzielen.

Verkehrsberuhigung Akazienallee

In der vergangenen Legislaturperiode hat unsere ehemalige Bezirksverordnete Konstanze Dobberke einen Antrag für verkehrsberuhigende Maßnahmen auf der Akazienallee eingereicht. Dieser beinhaltet u.a. das Einführen von Tempo 30 (mindestens zeit- oder abschnittsweise) das Anlegen weiterer geschützter Fußgängerüberwege, Ampelanlagen, Einsetzen von Fahrbahnmarkierungen, dauerhafte bzw. temporäre Radarfallen und/oder Fahrbahneinengungen bzw. Fahrgassenversatz. Weiterhin wollten wir prüfen lassen, inwiefern Beschleunigungsmaßnahmen für den ÖPNV berücksichtigt werden können.

Neben unserer Fraktion kämpfte gleichzeitig die Bürgerinitiative um Michael Wiedemann (CDU)

Es sollte ein Pavillon zwischen der Wall-Toilette und den Glascontainern errichtet werden. Die Expert*innen des Straßen- und Grünflächenamtes hatten die Idee zunächst negativ beschieden. Die jetzige Stadträtin, Juliane Witt (DIE LINKE) konnte hier gemeinsam mit mir nochmal entscheidend nachbessern, sodass es zeitnah zu einer Umsetzung kommen wird.

Parteiübergreifende Zusammenarbeit zahlt sich oftmals wirklich aus - das möchte ich an dieser Stelle einmal betonen.

STEFANIE WAGNER-BOYSEN
Bezirksverordnete für Kaulsdorf und Mahlsdorf

ebenfalls schon lange für dieses Thema. Weitere Bürger*innen aus der Nachbarschaft übergaben mir eine Petition mit circa 100 Unterschriften. Leider konnte der Antrag im letzten Jahr nicht mehr bearbeitet werden. In der Februar-Sitzung der BVV in diesem Jahr wurde der Antrag, den neben mir nun auch zeitgleich die CDU stellte, endlich an den Verkehrsausschuss übergeben und nun auch in der April-Sitzung der BVV beschlossen. Nun liegt es am Bezirksamt, unsere vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen und nach bestem Gewissen umzusetzen.

STEFANIE WAGNER-BOYSEN
Bezirksverordnete für Kaulsdorf und Mahlsdorf

Juliane Witt: Sprechen Sie mich an!

Wenn wir im Winter den Frühling vorgestellt hatten, dann als Zeit ohne Masken, am besten auch ohne Maskengegner, als Rückkehr zu einer Normalität, die wir auch ein bisschen vergessen hatten. Stattdessen blüht es zwar überall, aber von Normalität keine Spur. Der 24. Februar 2022 hat eine zutiefst verunsicherte



Gesellschaft getroffen, die sich nun über zwei Jahren nicht hat treffen, verständigen können, die in vielen Themen den Gesprächsfaden, den Streit an der Theke, die Auseinandersetzung verlernt hat. Stattdessen gab es ein Jahr mit Wahlkampf, mit vielen Versprechungen, wenig Begegnungen am Tisch - mehr virtuelle Kämpfe im Netz. Und nun plötzlich Krieg, Angst, Verunsicherung - aber auch Nähe, Hilfe, Gebrauchtwerten. Die Möglichkeit, schnell zu helfen, hat vielen Genossinnen auch über die eigenen Fragen und Ängste hinweg geholfen. Überschaubar, aber auch machbar war und ist es, Frauen und deren Familien zu unterstützen, ihren Start hier zu erleichtern, von Wohnung bis Schule, von einem Hundebett bis zum Computer. Wo gerade noch von übervollen Schulen wie an der Kolibri-Grundschule die Rede war, sind sofort Willkommensklassen eingerichtet worden bei uns im Bezirk, ukrainische Lehrer*innen sind eingestellt worden und alle haben erneut Platz gemacht. Mich bewegt es, wie schnell, praktisch, gut organisiert und solidarisch viele Menschen sind. Einige habe ich 2015 kennen gelernt und sie sind wieder dabei. Andere sind völlig neu an unserer Seite, weil sie die Sprache kennen, weil sie erst jetzt in den Bezirk gezogen sind, weil sie eher einen Zugang zu den Frauen haben, deren Leben dem eigenen so ähnlich war. Wir suchen jetzt Musikschulen und werden alles tun, damit diese Familien sich hier wohl fühlen.

Wer jeden Abend die weiter schrecklichen Bilder sieht, will etwas tun. Das geht auch bei uns im Bezirk fast überall. Gern kann man mich dazu auch persönlich ansprechen.

Juliane Witt ist Bezirksstadträtin (BStR) der Abteilung Stadtentwicklung, Umwelt- und Naturschutz, Straßen und Grünflächen

Wahlalter ab 16 kommt!

Schon länger steht das Thema Wahlalter ab 16 auf der LINKEN Agenda - nun ist die Umsetzung in Berlin zum Greifen nah! In Brandenburg sowie vier weiteren Bundesländern dürfen Jugendliche bereits seit längerem wählen, Berlin zieht nun endlich nach.

Bisher war die Senkung des Wahlalters an der mangelnden Zustimmung der Opposition gescheitert, da für eine benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit im Berliner Parlament vier entscheidende Stimmen fehlten. Nun hat sich die FDP in dieser Frage zur Unterstützung der Rot-Grün-Roten Regierung entschlossen.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf begrüßt dies ausdrücklich und hofft auf eine baldige Umsetzung, damit unsere Jugendlichen bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen und kommenden Volksentscheiden ein Mitspracherecht haben. Unser BVV-Mitglied Björn Tielebein ist seit Jahren bei den Veranstaltungen der U18-Wahlen vor Ort, die äußerst engagierte junge Menschen aus dem Bezirk gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro veranstalten.

Dort stimmten letztes Jahr über 2000 junge Menschen in Marzahn-Hellers-

dorf für die Gründung eines Kinder- und Jugendparlaments, über 600 Kinder und Jugendliche wollen sich sogar selbst beteiligen. Er stellt fest: „Insbesondere hier wird das große Interesse an politischer Beteiligung im Bezirk deutlich, welches noch intensiver gefördert werden sollte!“

Wir als LINKE sind uns einig: Jugendliche sind sehr gut in der Lage, politische Vorgänge zu be-

werten und sich selbst politisch einzubringen. Junge Menschen müssen frühzeitig über ihre Zukunft entscheiden dürfen. Insbesondere in Zeiten wie diesen, wo nicht nur hinsichtlich der Klimakrise extrem viele Entscheidungen anstehen, deren Konsequenzen die junge Generation tragen muss. Unsere Sprecherin für Bürger*innenbeteiligung, Hendrikje Klein, ergänzt dazu: „Dies ist auch für die Entwicklung unserer Stadtgesellschaft zwingend notwendig, denn von den Entscheidungen über die Zukunft des Gemeinwesens, die heute gefällt werden müssen, sind junge Menschen am stärksten betroffen. Mit dem Wahlrecht ab 16 auf Landesebene werden sie zu aktiven Mitgestalterinnen und Mitgestaltern ihrer eigenen Zukunft.“ Denn eine frühe Einbindung in politische Entscheidungsprozesse kann das Interesse an Politik langfristig fördern, die gesamte Wahlbeteiligung steigt und so wirkt sie darüber hinaus demokratiefördernd.

DIE LINKE in Berlin beweist in dieser Legislaturperiode, dass sie ihre Wahlversprechen halten kann. Wir freuen uns, dass die politische Zukunft junger Menschen in Berlin bald selbstbestimmter wird!

KRISTIAN RONNEBURG
MdA



100 Milliarden für die Rüstung? Wir wüssten Besseres!

Hier einige Beispiele - mehr dazu unter:
<https://100mrd.linksfraktion.de/>

DIE LINKE im Bundestag zählte vom 11. bis 18. April 2022 von 0 bis 100.000.000.000 €. Jede Sekunde kamen 165.343,92 € dazu. 100 Milliarden € neue Schulden will die Ampel aufnehmen und im Grundgesetz festschreiben, um ihr so genanntes Sondervermögen für Aufrüstung zu finanzieren. Unser Counter markiert verschiedene Etappen. Für die dort erreichten Beträge machen wir konkrete Vorschläge, um das Geld sinnvoller einzusetzen.

Eine Woche lang haben wir gerechnet und gezeigt, was alles möglich wäre, wenn 100 Milliarden Euro nicht in Aufrüstung gesteckt werden. Gute Renten und soziale Sicherung. Schulen, Krankenhäuser, kommunale Einrichtungen und Infrastruktur. Dringend nötige Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz, in unsere Zukunft.

87 Milliarden für unsere Zukunft

Mit 87 Milliarden pro Jahr ließe sich ein rundes Gesamtpaket für den Klimaschutz auf die Beine stellen. Dieses Klima-Investitionspaket besteht aus Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, Förderprogrammen und Subventionen für Energieeffizienz, Energiespeicher und einen kostenlosen ÖPNV, Krediten für den ökologischen Umbau der Industrie und öffentlichen Unternehmensbeteiligungen.

82,5 Milliarden für warmmietenneutrale Sanierungen und klimagerechten Neubau

Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen,

benötigen wir bis 2040 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand. Mit 82,5 Milliarden könnte man 6 Jahre lang öffentliche Investitionen für eine sozial-ökologische Neuausrichtung im Gebäudesektor finanzieren - für warmmietenneutrale Sanierungen und klimagerechten Neubau.

67,9 Milliarden für Eltern

Das Elterngeld wird überwiegend von Müttern in Anspruch genommen. Nur ca. jeder vierte Vater stellt einen Antrag auf Elterngeld, der Großteil davon für lediglich 3 Monate. Um auch hier die Gleichberechtigung voranzubringen, könnte ein unabhängiger Anspruch der Eltern von je 12 Monaten (Alleinerziehende 24 Monate) mit 67,9 Milliarden Euro sieben Jahre lang finanziert werden.

100 Mrd: Statt Aufrüstung sinnvoll investieren!

Die Bundeswehr wurde nicht »kaputt gespart«, meint Sevim Dagdelen. Seit 2014 wurde deren Etat um etwa ein Drittel aufgestockt. Und der aktuelle jährliche Verteidigungsetat von rund 50 Milliarden Euro soll noch nicht einmal für Helme und Stiefel gereicht haben? Blödsinn. Unsummen für Beraterverträge und Missmanagement haben diese Situation gebracht. Noch weitere Milliarden in diesem schwarzen Loch zu versenken, hilft niemandem. Stattdessen: vernünftig umstrukturieren!

50 Milliarden für exzellente Hochschulen

Bröckelnde Fassaden, marode Mensen und Labore: das ist Alltag an deutschen Universitäten. Eine Studie für die Kultusministerkonferenz (KMK),

bezieht den Sanierungsstau an den Hochschulen bis 2025 auf bis zu 35 Milliarden Euro - ohne die Universitätskliniken und ohne den Sanierungsbedarf, der bereits bis 2008 aufgelaufen war. Was in der Rechnung ebenfalls fehlt: die Aus- und Neubauten, die an den Hochschulen noch zusätzlich benötigt werden. Nach GEW-Schätzungen beläuft sich der Gesamtbedarf auf bis zu 50 Milliarden Euro.

48 Milliarden fürs Klima und einen kostenlosen ÖPNV

Der Umstieg auf klimafreundliche Ausrüstung und treibhausgasfreie Technologien wird nur mit Förderprogrammen in der notwendigen Zeit zu erreichen sein. Diese Programme sollten durch die Umwidmung der klimaschädlichen Subventionen gegenfinanziert werden. Kostet insgesamt 48 Milliarden Euro pro Jahr und darin enthalten wäre ein kostenloser ÖPNV.

46,5 Milliarden für gute Schulen

»Investitionsstau« klingt netter als verrottende Schule, aber genau darum gehts. Der Bestand ist mittlerweile in so schlechtem Zustand, dass es 46,5 Milliarden Euro braucht, um alle Schulen wieder fit zu machen. Denn der Zustand gerade der Schulgebäude ist von besonderer Bedeutung für den Lernerfolg und wirkt sich positiv auf Lernklima und Konzentration von Kindern und Lehrkräften aus.

.....

.....

weiterlesen: <https://100mrd.linksfraktion.de/>